



Samstag, 24. Februar 2024, 14:00 Uhr
~5 Minuten Lesezeit

Das europäische Wahrheitsministerium

Der Digital Services Act legt es in die Hände ideologisch indoktrinierten Bürokraten, was künftig in Europa noch gesagt werden darf.

von Marc Friedrich
Foto: Cristian Storto/Shutterstock.com

Am 17. Februar 2024 ist der „**Digital Services Act (DSA)**“ (<https://www.youtube.com/watch?v=bP9gFHuYvcs>)“ in Kraft getreten. Haben Sie davon schon gehört? Mit dem DSA müssen digitale Anbieter gegen rechtswidrige Inhalte vorgehen. Aber nicht nur das – auch gegen solche Aussagen, die nicht den „EU-Werten“ entsprechen. Aber wer definiert diese? Auch was „anderweitig schädlich“ ist, muss in Zukunft gelöscht werden. Besonders diese schwammige Definition lässt viel Spielraum für Auslegungen. Die Gefahr des

Missbrauchs ist offensichtlich, das Ergebnis könnte eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung sein.

Wurde jetzt ein Wahrheitsministerium wie aus Orwell's Roman

„1984“ erschaffen? Ist der DSA brandgefährlich und öffnet das Tor zu noch mehr Zensur und Meinungsunterdrückung auf sozialen Plattformen? Falls ja, wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wo sind die Demonstrationen und Licherketten? Lassen Sie uns die Eckdaten gemeinsam anschauen und machen Sie sich ein eigenes Bild.

Die Ziele des DSA

Bereits im letzten Jahr war der DSA für große Konzerne wie Meta, Amazon und Co. in Kraft getreten. Zu den ersten Opfern zählte im letzten Jahr bereits die Plattform X, ehemals Twitter. Erst vor wenigen Tagen hat es außerdem die Social-Media-Plattform **TikTok** (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/eu-ermittlungen-tiktok-jugendschutz-100.html>) getroffen. Auf Grundlage des DSA hat die EU nun offiziell Ermittlungen gegen das Unternehmen hinter TikTok eingeleitet. Seit dem 17. Februar 2024 gilt der DSA nun also auch für kleinere Plattformbetreiber mit weniger als 45 Millionen Kunden.

Die drei Hauptziele des DSA hören sich zunächst einmal harmlos an. So sollen erstens illegale Inhalte schneller und effektiver von den Plattformen entfernt werden. Zweitens sollen die Plattformen transparenter werden und den Nutzern mehr Kontrolle über ihre Daten geben. Und drittens soll der Wettbewerb im Online-Bereich fairer gestaltet werden. So far, so good. Damit kann ich mitgehen.


Der digitale Blockwart

Die betroffenen Unternehmen müssen also künftig Hassrede und Fake News noch aktiver bekämpfen. Illegale Inhalte müssen sofort gelöscht werden. Es muss den Nutzern ermöglicht werden, dass Inhalte auch direkt bei der EU gemeldet werden können. Bei Twitter, heute X, sieht das Ganze dann so wie in dem nachfolgenden Tweet aus. Man hat also einen neuen Button hinzugefügt, wo jeder Nutzer Inhalte melden kann.



Afshin Rattansi ✓
@afshinrattansi

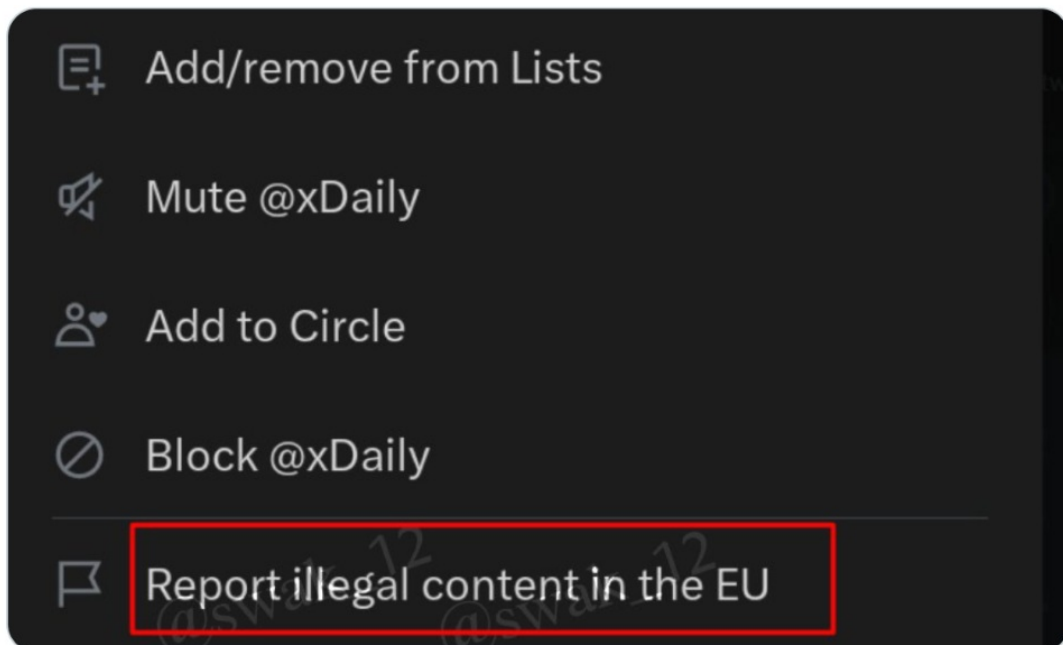


ICYMI: From 25 Aug 2023, Twitter X to add button to report users to  EU when new decree against freedom of speech comes into force. EU to outlaw forms of political dissent.

Platforms affected:

[@facebook](#) [@TikTok](#) [@YouTube](#) [@Instagram](#) [@LinkedIn](#) [@Snapchat](#)
[@Amazon](#) [@Wikipedia](#) [@Google](#)

[Post übersetzen](#)



1:39 nachm. · 20. Aug. 2023 · 257.524 Mal angezeigt

Quelle: Twitter

<https://twitter.com/afshinrattansi/status/1693226284623511725>

Damit werden wir alle zur Zensurstelle und einige Mitmenschen werden ihren feuchten Traum der politischen Korrektheit emsig und übereifrig erfüllen. Alleine die Flut der ungerechtfertigten Meldungen wird ein neues Bürokratiemonster entstehen lassen, was Milliarden an nicht produktiven Euros verschlingen wird.

Erfolgt dann die Bekämpfung von Fake News nicht zufriedenstellend, so müssen die Plattformen mit Strafzahlungen von bis zu 6 Prozent ihres Jahresumsatzes rechnen. Klingt wenig. Das kann im Einzelfall aber dann schon mal ein paar Milliarden Euro bedeuten.

Wer bestimmt was „schädlich“ ist?

Was schädlich ist, das bestimmt unter anderem planwirtschaftlich der nicht demokratisch legitimierte EU-Kommissar Thierry Breton, der den Digital Services Act als großen Schritt in Richtung Schutz der Bürger feierte.



Thierry Breton ✓
@ThierryBreton



It's #DSA O'clock! 🕒

As of today, the DSA starts applying to all online platforms in the EU 🇪🇺

Effective #enforcement is now key to protect our citizens from illegal content and to uphold their rights.

[Post übersetzen](#)



Digital EU 🇪🇺

9:19 vorm. · 17. Feb. 2024 · **358.062** Mal angezeigt

Foto: **Twitter**

<https://twitter.com/thierrybreton/status/1758768005960409431?s=12&t=mWSeF7GPejwqHypTfUx1zw>

Aber der DSA beinhaltet noch eine weitere Neuerung, die stark nach 1984 klingt. Konkret geht es um den sogenannten „Krisenmechanismus“, den die EU-Kommission wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine nachträglich vorgeschlagen hatte. Dieser gibt der EU-Kommission das Recht, in Fällen, wie zum Beispiel einer Pandemie oder Krieg, die Anbieter beziehungsweise die Plattformen aufzufordern, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um die Öffentlichkeit zu „informieren“ – oder gar manipulieren?

Online-Plattformen könnten etwa gezwungen werden, Informationen an Aufsichtsbehörden und Experten abzugeben – ohne Kritik und Gegenfragen. Damit werden die Medien wieder einmal ungefiltertes Sprachrohr der Regierungen wie zu Coronazeiten.

In anderen Worten: Die EU-Kommission, also die Politiker in Brüssel, haben nun die Möglichkeit, immensen Einfluss auf Plattformen wie Twitter oder YouTube auszuüben. Das, was bislang vermutlich hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat, wird nun also völlig rechtens.

Könnte es vielleicht sein, dass man hier eine Rechtsgrundlage schafft, um zukünftig unliebsame Meinungen noch schneller von den Plattformen verschwinden zu lassen? Der Verdacht liegt zumindest nahe.

Die EU hat damit also die Möglichkeit, künftig in „Notfallsituationen“ – auch dieser Begriff ist sehr schwammig – maßgeblich Einfluss darauf zu nehmen, was Nutzer auf den Sozialen Kanälen sehen dürfen oder nicht. Und dabei muss sie dies noch nicht einmal konkret anordnen, denn im Zweifel werden die Plattformen Inhalte schon im vorausseilenden Gehorsam löschen, um nicht selbst eine Strafe aufgebremmt zu bekommen.

DSA wird durch DMA ergänzt

Neben dem Digital Services Act soll im März 2024 ergänzend der Digital Markets Act (DMA) in Kraft treten. Damit möchte die Kommission gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle digitalen Unternehmen in der EU schaffen.

Und zumindest hier hat man seitens der EU nicht Unrecht. Die

Internetgiganten wie Google, Meta (Facebook), Amazon und Co. haben eine unglaubliche Marktmacht entwickelt, die oft dazu missbraucht wird, um **unliebsame Wettbewerber ausbremsen** (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-internet-regeln-eu-legt-sich-auf-digital-gesetz-fest-strenge-vorgaben-fuer-internetriesen/28198538.html>) beziehungsweise ganz aus dem Markt zu verdrängen.

So wird es den Plattformen zum Beispiel verboten, dass man im Ranking eigene Produkte oder Dienstleistungen bevorzugt. Auch die sogenannten „Dark Patterns“ sind künftig verboten. Dark Patterns sind im Grunde genommen Versuche der Anbieter, den Nutzer zu Klicks und Aktionen zu bewegen, die er eigentlich nicht treffen würde.

Gefahr der Zensur und der Diskursverengung

Es bleibt abzuwarten, wie der DSA umgesetzt wird und ob legitime und fundierte Kritik an der EU, Regierungen und NGOs noch erlaubt bleibt. Schon jetzt sehen wir erste bedenkliche Entwicklungen in Deutschland, die in eine andere Richtung gehen. So hat es erst vor wenigen Tagen bei einem **Unternehmer aus Bayern** (https://www.focus.de/politik/6000-euro-strafe-weil-bayer-gruene-verspottet-hat-soll-sein-haus-durchsucht-werden_id_259681764.html) eine Hausdurchsuchung der Polizei gegeben, weil dieser sich auf Spott-Plakaten über Grünen-Chefin Ricarda Lang und Wirtschaftsminister Robert Habeck lustig gemacht hatte.

Vieles, was sich mittlerweile als wahr erwiesen hat, wäre damals unter dem DSA gelöscht worden. Ich denke dabei vor allem an die Lockdown-Politik, das Schließen

von Schulen, Zweifel an der Wirksamkeit von Masken oder berechtigte Zweifel an der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfungen gegen COVID-19.

Darüber hinaus wäre zudem so manche Kritik an der verkorksten und chaotischen Flüchtlingspolitik der Merkel- und Ampel-Regierung vermutlich dem DSA zum Opfer gefallen. Außerdem denke ich hier an die jüngste Debatte im Fußball, wo Fans berechtigterweise anmerken, dass es nur zwei biologische Geschlechter gibt. Auch solche Aussagen könnten theoretisch Plattformbetreiber dazu bewegen, diese von ihren Plattformen zu canceln.

Es ist daher gut möglich, dass die großen Social Media Plattformen übervorsichtig, lieber mal alles löschen, um der Strafe zu entgehen. Damit würde der Diskurs und Meinungskorridor noch weiter eingeeengt werden. Es ist zu befürchten, dass sich der DSA sogar als ein Demokratie schädigendes Gesetz entpuppt, weil die freie Meinungsäußerung eventuell massiv eingeschränkt wird.

Hintergründe und weitere Informationen zum DSA und warum dieses Vorhaben als brandgefährlich einstuft, finden Sie in meinem Beitrag auf **YouTube** (<https://www.youtube.com/watch?v=bP9gFHuYvcs>) sowie in meinem neuen Bestsellerbuch.



Marc Friedrich ist studierter Betriebswirt und erlebte 2001 den Staatsbankrott der argentinischen Regierung und dessen ruinöse Folgen für das Land und seine Bürger aus nächster Nähe mit. Er setzt sich seit Jahren intensiv mit den Themen Edelmetalle, Kryptowährungen und

Digitalisierung auseinander. Gemeinsam mit Matthias Weik hält er seit einer Dekade Seminare und Fachvorträge zu den Themen EU, Euro, Industrie 4.0, Digitalisierung, Bitcoin & Kryptowährungen, Blockchain & Dezentralisierung und Sachwertanlagen. Weitere Informationen unter **marc-friedrich.de** (<https://www.marc-friedrich.de/>) und **friedrich-partner.de** (<https://www.friedrich-partner.de/>).